

Beschlussvorlage Gehrde		Vorlage Nr.: 5116/2026		
Antrag Bürgerinitiative Gehrde				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	10.09.2026	nicht öffentlich	Vorberatung	
Gemeinderat Gehrde	10.09.2026	öffentlich	Entscheidung	

Beschluss: Der Gemeinderat Gehrde beschließt, keine Bürgerbefragung zur Erhöhung der Grundsteuer B zur Gegenfinanzierung von Straßenbaumaßnahmen durchzuführen.

Eine Bürgerbefragung zu dieser Thematik soll insbesondere solange nicht durchgeführt werden, wie seitens der Landes – und Bundesebene keine entsprechende Finanzierungsmaßnahme bzw. verbindliche Grundlage für die Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen geschaffen wird.

Sachverhalt: Mit Schreiben vom 30.06.2026 hat die Bürgerinitiative den Gemeinderat Gehrde gebeten, sich mit den Straßenausbaubeiträgen zu befassen.

Seitens der Bürgerinitiative wird vorgeschlagen, die Grundsteuer B zu erhöhen und die hierdurch erzielten zusätzlichen Einnahmen zur Gegenfinanzierung der Straßenbaumaßnahmen einzusetzen. Hierzu soll nach dem Vorschlag der Bürgerinitiative eine Einwohnerbefragung durchgeführt werden.

Bei der Betrachtung dieses Vorschlags ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Gemeinde von den erzielten Steuereinnahmen aufgrund der Kreisumlage und der Samtgemeindeumlage lediglich ein Anteil von etwa 11 % tatsächlich zur Verfügung steht. Eine Erhöhung der Grundsteuer B würde somit nicht ausschließlich für die Finanzierung von Straßenbaumaßnahmen zur Verfügung stehen.

Die verbleibenden Mittel aus einer Erhöhung der Grundsteuer B müssten vielmehr zur Finanzierung sämtlicher gemeindlicher Aufgaben und notwendiger Maßnahmen herangezogen werden. Hierzu gehören neben dem Straßenbau beispielsweise auch erforderliche Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an gemeindlichen Gebäuden und weiteren kommunalen Einrichtungen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Infrastruktur hat sich in seiner Sitzung am 25.08.2026 erneut mit dem Vorschlag befasst. Nach eingehender Beratung und unter Berücksichtigung der bereits mehrfach erfolgten Beratungen in den Ausschüssen und im Gemeinderat wurde empfohlen, derzeit keine Bürgerbefragung zu diesem Thema durchzuführen.

Eine Bürgerbefragung soll insbesondere solange nicht durchgeführt werden, wie seitens der Bundes- und Landesebene keine entsprechende Finanzierungsmaßnahme bzw. keine verbindliche Grundlage für die Finanzierung der kommunalen Straßenbaumaßnahmen geschaffen wird.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Nein

☐ Ja

Begründung:

2. klima- und nachhaltigkeitsrelevante Auswirkung:

☐ Nein

☐ Ja

Begründung:

3. gleichstellungspolitische Auswirkung:

☐ Nein

☐ Ja

Begründung:

gez. Hölscher-Uchtmann
(Bürgermeisterin)